

Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Amtsblatt für Schönau, Röhlitz, Bensdorf, Niedorf, St. Egidien, Schmölln, Marienberg, Reichenbach, Schmiedeberg, Rödern, St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Langendorf, Dorn, Niedermühle, Schönbühl und Gräfenhain

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

57. Jahrgang

Nr. 77.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

Donnerstag, den 4. April

Haupt-Inschriftenorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

1907.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) nachmittags für den folgenden Tag. Biwöchentlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Beziehungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Schwäbisch-Alemannische Postboten, sowie die Ausdrücke entgegen. Unterste werden die für gespaltenen Grundzelle mit 10, für auswärtige Interessen mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweipolige Seite 80 Pfennige. — Interessen Annahme bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Versprechendes Zeugnis Nr. 7. — täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Telegrammadresse: Tageblatt.

Das im Grundbuche für Lichtenstein, Blatt 476 auf den Namen des Julius Oskar Martin eingetragene Gasthof-Grundstück „Prinzenpalast“ soll am 23. Mai 1907, vormittags 9 Uhr

— an der Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsversteigerung v. versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 459 Ar groß und auf 111440 Mfl. — Pf. geschätzt; es besteht aus Gasthofgebäude mit angebautem Saal, Stall, Regelschubgebäude, Wasch- und Schlachthaus, Hofraum und Garten, liegt an der Gauhauerstraße, trägt die Brandkatasternummer 27 Abt. B und die Flurbuchnummer 685.

Die Einsicht der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der Urkunden das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Besiedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 28. Februar 1907 verlaubten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungsvermerk vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigensfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungsverlösses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeehrt werden würden.

Diesenjenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Beschlages die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigensfalls für das

Recht der Versteigerungsverlöss an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Lichtenstein, den 2. April 1907.

Römisches Amtsgericht.

Stadtsparkasse Lichtenstein.
Einlegerguthaben 7400000 Mark, Reservesonds 465000 Mark
Geschäftszeit 8—12 und 2—5 Uhr täglich.
Einlegerzinssatz 3½ %.

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Nachdem das Ergebnis der diesjährigen Einkommen- und Erzeugungssteuererhöhung den hiesigen Betriebspflichtigen bekannt gegeben worden ist, werden alle dienten, welche eine Bushirt nicht erhalten, aufgefordert, sich bei der hiesigen Ortssteuererhöhung zu melden.

Mülzen St. Nicolas, am 2. April 1907.

Der Gemeindevorstand.

Grimm.

Deutschland es voreilt, sich auf einen festigen Waffenstahl, als auf papierne Verträge zu verlassen.

Das Wichtigste.

* Der bayrische Landtag ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen wurden auf den 31. Mai festgesetzt.

Nach einem der zumalischen Gesandtschaft in Berlin am Dienstag zugegangenen Telegramm ist in ganz Rumänien die Ruhe wieder hergestellt. (?)

Titozzi erklärte bei seiner Abreise aus Rapallo, Italien sei mit Deutschland in allen Fragen, auch in der Abrüstungsfrage, vollkommen einig. Es ist angeblich angeregt, die Abrüstungsfrage einer besonderen Konferenz vorzubehalten.

* Am Suez-Kanal ist ein Ausstand ausgebrochen.

* Am 1. April wurde, wie uns aus Jerusalem mitgeteilt wird, die Grundsteinlegung des deutschen Sanatoriums auf dem Ölberg vollzogen.

Die Abrüstungsfrage.

Die Leiden und Schrecken des Kriegs sind so groß, daß sie immer von neuem den Gedanken aufzuhalten lassen, ob es nicht möglich sei, sie mit einem Male durch die Befreiung der Kriege und der Verbindung des ewigen Friedens aus der Welt zu schaffen. Nachdem sich jedoch die Friedensfreunde von der Unmöglichkeit überzeugt haben, diesen Raum zu verwirklichen, freuen sie wenigstens nach einer teilweisen Abrüstung, um dadurch Mittel für andere Aufgaben zu sparen und außerdem die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu verringern. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß man die Bemühungen dieser Friedensbegierdeten Männer vornehmlich anerkennt, auch wenn man das Ziel, das sie sich gesteckt haben, für unerreichbar hält.

Bekanntlich hat England einen direkten Abrüstungsvorschlag ausgearbeitet, der voraussichtlich die nächste Haager Konferenz beschäftigen wird. Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, daß gerade in dem mit England eng befreundeten Frankreich sich die schärfsten Stimmen gegen einen derartigen Vorschlag erheben. So hat sich der Pariser „Tempo“ entschieden gegen einen solchen Gedanken ausgesprochen. In einem viel beachteten Artikel führt das Blatt aus, daß der englische Vorschlag nicht nur zwecklos, weil unausführbar, sondern geradezu schädlich sei. Der Sir Campbell Bannerman, des englischen Ministerpräsidenten, zur Eintracht würde nur die internationale Freiheit verstärken. Nach der Erörterung würden die internationales Beziehungen schlechter sein als vorher. Die

Absichten der englischen Regierung gehörten zu denen, die den Weg zur internationalen Hölle, zum Kriege pflastern.

Diese Ausschreibungen sind um so bemerkenswerter, als der Artikel gleichzeitig darauf hinweist, daß Frankreich nicht gesonnen sei, sich durch einen Absturzvorschlag die Hände zu binden. Es läßt sich ermessen, welche schwerwiegende Gründe gegen den Gedanken einer Abdankung sprechen, wenn in einem Staate, dem man stets Beziehungen zur französischen Regierung nachgesagt hat, derart mit dem Absturzplan zahlreicher englischer Staatsmänner verhandeln wird. Natürlich wird von dieser Seite bereits jetzt in die Welt hinausstrompetet, daß das „Kriegslüsterne“ Deutschland sich jedenfalls den englischen Pöhlern auf der Haager Konferenz widerstehen wird und diese auf den „Südencsied“ geschimpft. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es interessant, daß die Abrüstungsfrage, die bei der Zusammenkunft in Rapallo eine so wichtige Rolle spielte, auch dem deutschen Staatssekretär v. Tschirschky Anlaß zu einer Neuertüchtigung gegeben hat, die den unangesehnten Angriffen gegen die deutsche Politik in dieser Frage den Boden entzieht. Ein Telegramm berichtet uns:

Der Chefredakteur der „Tribune“, einer der leitenden Regierungsbücher, veröffentlicht in der gestrigen Nummer folgende Depesche von dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen: „Ich darle für Ihr Telegramm und erwähne Sie zu der Erklärung, die die Mitteilung des Pariser „Tempo“, wonach Deutschland der Haager Konferenz für den Fall, daß England das Abrüstungsthema zur Diskussion stellen will, frei zubleiben beabsichtigt, ohne Begründung ist. Offiziell macht trotz aller Entstaltung der Haltung Deutschlands der engere Auseinanderschluß Deutschlands und Englands Fortschritte. Tschirschky.“ Dieses Telegramm des Herrn v. Tschirschky bildet die Antwort auf eine telegraphische Anfrage des Blattes, die dadurch hervorgerufen worden war, daß auf Grund einer Petersburger Meldung des „Tempo“, wonach Herr von Martius die deutsche Haltung der Abrüstungsfrage gegenüber als intrasigent feindlich bezeichnet haben sollte, die Bonner oppositionelle Presse in Bezug auf die Zukunft der deutsch-englischen Beziehungen die düstersten Befürchtungen zum Ausdruck gebracht hatte.

Zu dem Telegramm des Staatssekretärs v. Tschirschky bemerkt die „Tribune“, daß es den deutschfeindlichen Ausströmungen ein Ende bereite. Das Blatt hofft Deutschlands konservative Haltung mit Bezug auf die Abrüstungsfrage wohl zuwidern. Es sei noch lange hin, bis die Geschäfte der Welt durch Majoritäten geregelt werden würden. Bis dahin erlauben uns wohl die Engländer, daß

Dresden. (Heiratsgerüchte vom sächs. Hof.) Die „Zeit“ meldet von ersten Verhandlungen, die geslossen worden sind, um dem König Friedrich August eine Wiederverheiratung zu ermöglichen. Benannt werden eine Prinzessin von Portugal oder eine Prinzessin von Parma. Gegenüber dem Widerstreben des toskanischen Hofs sollen Versuche gemacht werden, einen modus vivendi zu finden. An diesen Verhandlungen beteiligte sich auch der Fürst Johannes Hohenlohe-Bartenstein und Jagdsberg, dessen Gemahlin die Schwester der Gräfin Montignoso ist. Man glaube aber nicht, daß der Papst seine Einwilligung geben werde. Die Sachen wollen weiter wissen, daß auch die Gräfin Montignoso an eine zweite Ehe, und zwar mit einer vielseitigen Millionär, denke, der an der Riviera wohnt, nicht von Adel ist und ohne hervorragende Stellung. Das Wiener Blatt meldet weiter, daß die Prinzessin Maria Antonia nicht am sächsischen Hof, sondern bei der Fürstin Anna Hohenlohe-Bartenstein erzogen werde und später in einem sächsischen Kloster den Schleier nehmen solle. Das Blatt schließt seine Meldungen: „Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Wiederverheiratung des Königs von Sachsen nicht erfolgen wird, da die Hindernisse, die sich einer solchen in den Weg stellen, geradezu unüberwindbar sind, aber selbst ein offizielles Dement, daß eventuell auf unsere Nachrichten hin erfolgen würde, wird es nicht in Abrede stellen können, daß seit einiger Zeit sehr ernste Heiratsprojekte des Königs bestehen.“ Wie geben diese Nachrichten lediglich als Gerüchte wieder, denen nicht viel Glauben beizumessen ist, weil sie zum Teil ihre Entstehung nur der Reise des Königs nach Portugal zu verdanken scheinen, zum Teil aber lediglich alte dementierte Gerüchte wieder aufzurufen, wie z. B. die Behauptung, die Prinzessin werde später ins Kloster gebracht werden. (Die Red.)

Berlin. (Kaisereisen.) Aus Wien wird gemeldet: Kaiser Wilhelm werde zu der anfangs Juni stattfindenden Enthüllung des Denkmals der Kaiserin Elisabeth als Guest des Kaisers Franz Joseph von Wien eintreffen. Auch der Prinz-Regent von Bayern sowie Vertreter der meisten europäischen Höfe werden an dieser Feier teilnehmen, bei der die gesamte kaiserliche Familie, ungefähr 75 Personen, anwesend sein wird. Werner teilt der Wiener „Pol. Zeit.“ mit: Eine uns von unterrichteter Seite aus Copenhagen zugehende Meldung bestätigt, daß ein Besuch des Kaisers Wilhelm wahrscheinlich in Be-